

Universitätsstadt Tübingen
Fachabteilung Soziale Hilfen
Deh, Bärbel Telefon: 07071-204-1721
Gesch. Z.: 502/

Vorlage 294/2019
Datum 10.10.2019

Berichtsvorlage

zur Behandlung im **Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales**

Betreff: **Fachabteilung Soziale Hilfen; aktuelle Situation und Entwicklungen**

Bezug:

Anlagen: 0

Zusammenfassung:

Seit November 2017 gehört die Fachabteilung Soziale Hilfen als eine von drei Abteilungen zum neu gebildeten Fachbereich Soziales. Mit dieser Vorlage wird über die Arbeitssituation und die Entwicklungen in den verschiedenen Aufgabenbereichen der Abteilung berichtet und zugleich über die Perspektiven informiert. Steigende Fallzahlen und Personalengpässe aufgrund Langzeiterkrankungen und Fluktuation haben zu einer aktuellen Überlastungssituation geführt. Durch geeignete Maßnahmen soll Abhilfe geschaffen werden und die Abteilung soll neu ausgerichtet werden. Dies soll im Rahmen eines Organisationsentwicklungsprozesses in 2020 geschehen.

Ziel:

Information des Gremiums über die Aufgabenbereiche, die aktuelle Situation, die Herausforderungen und Planungen in der Fachabteilung Soziale Hilfen.

Bericht:

1. Anlass / Problemstellung

Die Fachabteilung Soziale Hilfen ist eine der drei Abteilungen, die seit November 2017 zum neu gebildeten Fachbereich Soziales gehören. Mit dieser Vorlage soll über die Arbeitssituation und die Entwicklungen in den verschiedenen Aufgabenbereichen der Abteilung berichtet und zugleich über die Perspektiven informiert werden.

Seit der Umorganisation mit Bildung des neuen Fachbereichs wurden alle drei Leitungsstellen in dieser Abteilung aufgrund von Fluktuation neu besetzt und eingearbeitet. Das Team Soziale Hilfen hat aufgrund steigender Anforderungen bei nicht vollzähligen Stellenbesetzungen eine Überlastungsanzeige gestellt. Um Abhilfe zu schaffen, wurde bereits ein Bündel an Maßnahmen in die Wege geleitet.

Für das Jahr 2020 steht gemeinsam mit der Fachabteilung Hilfen für Geflüchtete der Umzug in das Gebäude Derendinger Straße 50 an.

2. Sachstand

Die Fachabteilung Soziale Hilfen umfasst die Bereiche Sozialhilfe, Wohnungsnotfallhilfe, Wohngeld, Wohnberechtigungsscheine mit der neuen Clearingstelle Wohnen und die Ortsbehörde für Rentenangelegenheiten. Direkt in der Abteilung sind aktuell 22 Kolleginnen und Kollegen beschäftigt sowie zwei Personen zum Jobcenter abgeordnet.

2.1 Sozialhilfe

Im Rahmen der Delegation wurde durch den Landkreis Tübingen die Zuständigkeit für die Bereiche Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit, Hilfe zum Lebensunterhalt, Hilfe zur Pflege im ambulanten Bereich, Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und in Teilen auch für die Hilfe in anderen Lebenslagen auf die Universitätsstadt Tübingen übertragen. Zusätzlich zur Leistungsgewährung wird in der Fachabteilung Soziale Hilfen auch der allgemeine soziale Dienst geleistet. Neben dem Ziel der Existenzsicherung soll dadurch den Menschen schnell und unkompliziert die nötige Hilfe zukommen. Durch Beratung, bei Bedarf auch aufsuchend, durch Vermittlung von Hilfe und Unterstützung werden die Klientinnen und Klienten bei der Teilhabe und Verselbständigung begleitet.

Im Verlauf der letzten Jahre wurden die Aufgaben und die Problemlagen in diesen Bereichen immer komplexer. Ein Großteil der Klientinnen und Klienten ist von psychischen Erkrankungen und anderen gravierenden Erschwernissen betroffen. Dadurch wird es zunehmend schwieriger, die Bedarfslage zu klären und adäquate Lösungen für die vielfältigen Problemlagen zu finden.

Erschwerend kommt hinzu, dass durch Fluktuation und mehrere Langzeiterkrankungen die Arbeitssituation über einen längeren Zeitraum hinweg schwieriger wurde. Zu betonen ist, dass die Fluktuation in der Abteilung nicht höher ist als in anderen Abteilungen. Da es sich bei den Aufgaben aber durchweg um Fragen der Existenzsicherung und daher um nicht aufschiebbare Pflichtaufgaben handelt, führt eine Nichtbesetzung von Stellen stets zu höherem Arbeitsdruck der einzelnen Kolleginnen und Kollegen. Dies führte trotz jeweils schnellstmöglicher Nachbesetzungen dazu, dass sich die Kolleginnen und Kollegen im Mai 2019 mit einer Überlastungsanzeige an die Verwaltungsspitze gewendet haben. Um diese Überlastung abzuwenden, wurden in einem Prozess mit dem Team bereits geeignete Maßnahmen entwickelt und in die Wege geleitet. So wurden beispielsweise auf Anregung der

Beschäftigten die Öffnungszeiten befristet verringert, um so die Zeit für die Fallbearbeitung zu erhöhen.

2.2 Wohnungsnotfallhilfe

In diesem Bereich ist neben der finanziellen Absicherung das intensive Begleiten und Unterstützen der Klientinnen und Klienten angesichts der Wohnungsnot und vielfältiger anderer Probleme besonders wichtig. Zusätzlich zu der 50%-Stelle im Präventionsbereich (Vermeidung von Wohnungsverlusten) wurde aufgrund stark gestiegener Fallzahlen der Stellenumfang für die Sozialberatung bei Wohnungsnotfällen im Oktober 2018 von 50% auf 100% aufgestockt. Dadurch ist eine beratende Kontaktaufnahme mit sämtlichen ordnungsrechtlich eingewiesenen Personen möglich. Im Durchschnitt sind dies meist etwa 180 Personen in Tübingen.

Das Gesamtkonzept der Wohnungsnotfallhilfe mit zahlreichen unterschiedlichen Angeboten wird in enger Zusammenarbeit mit dem Landkreis Tübingen und den freien sozialen Trägern Dornahof und Bruderhaus Diakonie ständig weiterentwickelt. Die Angebotsstruktur für diesen Bereich wurde in den vergangenen Jahren ständig bedarfsorientiert ergänzt – zuletzt mit einem Unterstützungszentrum sowie mit betreuten Wohnungen für Frauen in Wohnungsnot. Auch die Sanierung des Männerwohnheims stellt einen bedeutenden Schritt dar.

2.3 Wohngeld

Bei der Wohngeldstelle wird Wohngeld für selbst genutzten Wohnraum entweder als Zuschuss zur Miete (Mietzuschuss) oder als Zuschuss bei Eigentum (Lastenzuschuss) gewährt. Da sehr unterschiedliche Zielgruppen im Leistungsbezug sind, gibt es in diesem Bereich zahlreiche Schnittstellen – nicht nur zu anderen Wohngeldstellen sondern z.B. auch zum Jobcenter, zur Familienkasse, zum Sozialhilfebereich, zur BAföG-Stelle etc.

Die Anzahl der Haushalte im Leistungsbezug ist im Zeitraum von 2015 bis 2018 von monatlich durchschnittlich 712 auf 741 gestiegen und die Antragstellungen haben sich in demselben Zeitraum von jährlich 2.038 auf 2.243 erhöht. Nach einer längeren Durststrecke und Überlastung aufgrund mehrfach vakanter Sachgebietsleitung ist die Situation in diesem Arbeitsbereich seit 01.03.2019 aufgrund Vollbesetzung und Schaffung einer befristeten Aushilfsstelle bis Ende 2020 angemessen.

Durch die Wohngeldnovelle und die Anhebung der Mietstufe für die Stadt Tübingen ab 01.01.2020 von Stufe 6 auf Mietstufe 7 werden die Fallzahlen zum Jahr 2020 voraussichtlich ansteigen. Um eine verlässliche Hilfestellung zu gewährleisten, wird die Verwaltung die weitere Entwicklung beobachten und prüfen, ob eine Anpassung der Personalausstattung erforderlich wird oder andere Maßnahmen greifen.

2.4 Wohnberechtigungsscheine

Auch im Bereich der Wohnberechtigungsscheine nehmen die Anträge erheblich zu, da einerseits die Situation am Wohnungsmarkt immer angespannter wird und dadurch der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum zunimmt. Zudem wurden die Einkommensgrenzen stark angehoben, sodass nun mehr Personen berechtigt sind, einen Wohnberechtigungsschein zu erhalten. Und nicht zuletzt gibt es vermehrte Anträge auch deshalb, weil zunehmend geförderte Wohnungen neu geschaffen werden. Die Anzahl der jährlich ausgestellten Wohnberechtigungsscheine hat sich deshalb im Zeitraum von 2014 bis 2018 von 445 auf 801 gesteigert.

Angesichts der zahlreichen Berechtigten wird anhand von Kriterien intern die Dringlichkeit der jeweiligen Wohnungssuche ermittelt. Diese Kriterien wurden aktuell in Abstimmung mit der AG Wohnen überarbeitet und präzisiert. Ziel ist es, durch die Vermittlungstätigkeit der neu geschaffenen Clearingstelle Wohnen die besonders dringend auf neuen Wohnraum Angewiesenen gezielt zu unterstützen.

zen und ein entsprechendes Netzwerk mit den Wohnungsbaugesellschaften und anderen Vermietern aufzubauen. Diese Stelle wird zum 15.10.2019 besetzt.

2.5 Ortsbehörde

Die beiden Teilzeit-Kolleginnen der Ortsbehörde sind für Rentenangelegenheiten zuständig. Sie nehmen nicht nur die zahlreichen unterschiedlichen Rentenanträge entgegen, sondern beraten auch bei grundsätzlichen Rentenfragen. Die Anzahl in diesem Bereich hat sich im Zeitraum von 2014 bis 2018 von jährlich 60 auf 498 Bearbeitungsfälle erhöht.

3. Vorgehen der Verwaltung

Bezüglich der aktuellen Überlastungsanzeige wurde ein Maßnahmenpaket in Zusammenarbeit mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beschlossen, das derzeit umgesetzt wird. Im Rahmen der Haushaltsberatungen wird eine 50%-Pufferstelle für den Sozialhilfereich beantragt. Diese Stelle wurde übergangsweise durch Schaffung eines k.w.-Vermerks besetzt, um schnell Abhilfe zu schaffen. Außerdem wurde die Aufstockung des Arbeitsumfangs einer Teilzeit-Kollegin im Sozialhilfereich mit 15 % für ein weiteres Jahr als Aushilfsstelle beantragt und bewilligt. Als Sofort-Maßnahme zur Entlastung wurden auf Wunsch des Sozialhilfeteams die Öffnungszeiten vorübergehend von den Pfingstferien bis zum Ende September um einen Tag reduziert.

Um die angespannte Arbeitssituation in der Fachabteilung Soziale Hilfen perspektivisch grundlegend zu verbessern, soll die Gesamtsituation der Fachabteilung Soziale Hilfen im Rahmen eines Organisationsentwicklungsprozesses analysiert werden. Dabei sollen die Aufgabenstellungen, die Fallzahlen und der Personalschlüssel betrachtet werden und es soll nach Entlastungs- und Optimierungsmöglichkeiten bei Abläufen und Strukturen gesucht werden. Auch fachliche Fragen, u.a. ein stärker sozialraumorientierter Ansatz und die Schnittstellen zu anderen Fachabteilungen werden unter die Lupe genommen. Die Verwaltung hat für diesen Prozess Mittel in Höhe von 16.000 € in den Haushaltsentwurf 2020 eingestellt. Dabei wird auch die Umstellung der Antragstellung auf ein digitales Verfahren betrachtet.

Ein weiteres Ziel ist die gute Vorbereitung und Abwicklung des Umzugs in die Derendinger Straße. Die logistische Umsetzung stellt angesichts des intensiven Publikumsverkehrs hohe Anforderungen. Am neuen Standort sollen gute Voraussetzungen für kundenorientiertes Arbeiten geschaffen werden, ein geeigneter Entwurf für die erforderlichen Umbaumaßnahmen liegt vor.

4. Lösungsvarianten

Im Rahmen der Haushaltsberatungen entscheidet der Gemeinderat über die Finanzmittel für den OE-Prozess und die beantragte neue Stelle im Sozialhilfereich. Wenn keine Zustimmung erfolgt, bleibt die angespannte Situation in der Fachabteilung Soziale Hilfen weiterhin erhalten. Es besteht die Gefahr, dass Pflichtaufgaben nicht verlässlich geleistet werden können.

5. Finanzielle Auswirkungen

Für die externe Organisationsberatung wird im Haushalt 2020 ein Betrag in Höhe von 16.000 € veranschlagt. Die beantragte „50%-Pufferstelle“ im Sozialhilfereich verursacht Kosten in Höhe von rund 35.000 €. Die Ausgaben für den Umzug werden derzeit durch den Fachbereich Hochbau und Gebäudemangement ermittelt.

